

# **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 06.02.2014**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal  
Marktplatz  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 18:20 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### Anwesend sind:

Frau Hanna Haupt	Vorsitzende, SPD-Fraktion	
Herr Hopfgarten	SPD-Fraktion	
Herr Schachtschneider	CDU-Fraktion	Teilnahme ab 16.10 Uhr
Frau Wießner	skE CDU-Fraktion	
Frau Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE.	
Frau Raab	FDP-Fraktion	
Frau Wolff	MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM	

### Stimmberechtigte Mitglieder (Freie Träger der Jugendhilfe)

Frau Sylvia Plättner  
Frau Helga Schubert  
Frau Kerstin Masur  
Herr Leonhard Dölle  
Herr Uwe Kramer

### Beratende Mitglieder

Herr Tobias Kogge	Beigeordneter für Bildung und Soziales	
Frau Katharina Brederlow	Fachbereichsleiterin FB Bildung	
Herr Nobert Böhnke	Leiter Dienstleistungszentrum Familie	
Frau Schneutzer	Beauftragte für Migration und Integration	
Herr Mirko Petrick	Kinder- und Jugendbeauftragter	Teilnahme bis 18.00 Uhr
Herr Kevin Klose	Kinder- und Jugendrat	Teilnahme bis 18.20 Uhr
Herr KR Ralf Berger	Polizeidirektion Halle	
Herr Rene Moses	Humanistischer RV	
Frau R. Leonhard	Katholisches Propsteipfarramt	
Herr Dr. Hendrik Kluge	Evangelischer Kirchenkreis	Teilnahme ab 16.05 Uhr
Frau T. Privorozkaja	Jüdische Gemeinde zu Halle	
Frau Anja Pohl	Stadtelternbeirat	

### Entschuldigt fehlten:

Frau Dr. Inès Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr René Trömel	Fraktion DIE LINKE.
Frau Antje Klotsch	stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)
Frau Beate Gellert	stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Christina Greiner	Landesschulamt
Frau Carmen Wiebach	Jobcenter Halle
Frau Ilona Hackel	Arbeitsagentur Halle
Herr Bruno Glomski	Amtsgericht Halle

### zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

---

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde.

Da keine Kinder und Jugendlichen erschienen waren, wurde die Sprechstunde sofort wieder geschlossen.

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Gegenwärtig waren 12 stimmberechtigte Mitglieder anwesend, 2 Mitglieder fehlten entschuldigt.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, sprach an, dass der TOP 3 „Genehmigung der Niederschrift vom 09.01.2014“ abgesetzt und in der Sitzung im März behandelt wird. Zur Beschlussvorlage unter TOP 5.1 sind den Mitgliedern Austauschblätter zum Deckblatt und den Anlagen 1 und 2 zugegangen. Die Verwaltung hat zum Stand „Familienintegrationscoach“ aktuelle Informationen ausgelegt, dies ist unter dem TOP Mitteilungen zur Kenntnis zu nehmen. Vom Fachbereich Recht wurde die in der Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zugesagte Informationsvorlage zum Mitwirkungsverbot für Mitglieder des Jugendhilfeausschusses erarbeitet und den Mitglieder vorab per E-Mail zur Verfügung gestellt. Diese Informationsvorlage liegt heute in Papierform vor und soll unter TOP 8.2 noch in die Tagesordnung aufgenommen werden. Außerdem liegt vom Fachbereich Recht den Mitgliedern ein Anschreiben zum Rederecht von ausschussfremden Mitgliedern vor.

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, bat darum, der geänderten Tagesordnung zuzustimmen und fragte, ob es Widerspruch dazu gibt. Es lag kein Widerspruch zur geänderten Tagesordnung vor. Der geänderten Tagesordnung wurde zugestimmt.

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 09.01.2014 **abgesetzt**
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Umsetzung der Schulsozialarbeit im Rahmen von Bildung und Teilhabe in der Stadt Halle (Saale)-Förderung von Angeboten Schulsozialarbeit der Träger der freien Jugendhilfe vom 01.01.2014 bis 31.12.2014  
Vorlage: V/2013/11923
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) - Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten  
Vorlage: V/2013/12114

- 6.1.1 Änderungsantrag der Stadträte Hildebrandt, Schachtschneider und Scholtyssek (alle CDU) zum Antrag der FDP-Fraktion Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten (V/2013/12114)  
Vorlage: V/2013/12155
- 7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8. Mitteilungen
- 8.1. Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Hortbetreuung von Kindern mit besonderem Förderbedarf  
Vorlage: V/2013/11554
- 8.2. Mitwirkungsverbot für Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gemäß § 31 GO LSA  
Vorlage: V/2014/12468
- 8.3. Stand Familienintegrationscoach
- 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 10. Themenspeicher
- 11. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 09.01.2014**

---

abgesetzt

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

In der nicht öffentlichen Sitzung am 09.01.2014 wurden keine Beschlüsse gefasst.

### **zu 5 Beschlussvorlagen**

---

- zu 5.1 Umsetzung der Schulsozialarbeit im Rahmen von Bildung und Teilhabe in der Stadt Halle (Saale)-Förderung von Angeboten Schulsozialarbeit der Träger der freien Jugendhilfe vom 01.01.2014 bis 31.12.2014  
Vorlage: V/2013/11923**
- 

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, sprach an, dass den Mitgliedern Änderungsblätter mit der Version vom 22.01.2014, ein geändertes Deckblatt und ein Anschreiben des Beigeordneten hierzu vorliegen. Die Änderungsblätter zu den Anlagen 1 und 2 sind in Sparten untergliedert vorgelegt worden. Es erfolgt ein Aufruf nach Sparten und zu jedem Projekt einzeln. Sie verwies darauf, dass die Mitglieder, welche nach dem

§ 31 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt vom Mitwirkungsverbot betroffen sind, sich an der Beratung und Abstimmung nicht beteiligen dürfen. Die Mitglieder wurden aufgefordert, vor Aufruf der jeweiligen Sparte sich eigenständig in den öffentlichen Raum des Sitzungsraumes zu begeben. Sie haben nicht am Sitzungstisch zu verbleiben. Die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses wurde nochmals festgestellt. Es waren jetzt **13 stimmberechtigte Mitglieder anwesend**; 2 Mitglieder fehlten entschuldigt (Frau Dr. Brock und Frau Gellert).

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, fragte an, ob nochmals eine Einführung in die Beschlussvorlage insgesamt erfolgen soll.

**Herr Dr. Bodo Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, fragte, wie die in der Vorlage beschriebene Kontinuität umgesetzt wird, wenn hier auch neue Träger mit ihren Projekten gefördert werden sollen. Dies widerspricht einer Kontinuität in der Projektarbeit.

**Herr Deckert, Jugendhilfeplaner im Fachbereich Bildung**, antwortete, dass es hier nicht um Träger, sondern um Leistungen geht, die beantragt worden sind. Natürlich soll in Bildung und Teilhabe nach Möglichkeit Kontinuität in der Förderung vorliegen. Es wurden die im letzten Jahr vom Jugendhilfeausschuss hierzu beschlossenen Prioritäten nach Schulformen, die Bedarfe, aber auch die Entwicklungen in den Sozialräumen für die Vorschläge herangezogen. Die Anträge wurden dann entsprechend der verabredeten Bewertungsstandards bewertet und vorgeschlagen.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, fragte, ob alle Antragsteller, die letztes Jahr hierzu gefördert wurden, in der Liste enthalten sind oder es auch Ablehnungen gab.

**Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung**, antwortete, dass alle gestellten Anträge hier in den Listen aufgeführt worden. Es gab nur zwei Anträge, die nach einer falschen Leistungsbeschreibung eingereicht wurden. Diese zwei Leistungen sind dann in der am 20.02.14 zu behandelnden Fördermittelvorlage mit enthalten.

Es gab keine weiteren allgemeinen Anfragen.

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, sprach an, dass sie jetzt ihren Aufruf nach den Sparten vornehmen und dort jedes einzelne Projekt entsprechend der laufenden Nummer zur Beratung und Abstimmung stellen wird.

### **Einzelabstimmung zu den Projekten in der Anlage 1, Version vom 22.01.2014:**

**Sekundarschule** gemäß § 31 GO LSA vom Mitwirkungsverbot Betroffener:  
Herr Dölle

Lfd. Nr. 2	CVJM Landesverband S.-A.	Schulsozialarbeit Sekundarschule Johann Christian Reil
---------------	-----------------------------	---

**Keine Anfragen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**12 Ja-Stimmen**

**0 Nein-Stimmen**

**0 Enthaltungen**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffener:**

**1**

Lfd. Nr. 153	Volkssolidarität Querfurt-Merseburg e.V.	Schulsozialarbeit Sekundarschule August Herrmann Francke
-----------------	--	---

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

12 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Vom Mitwirkungsverbot Betroffener:

1

**Grundschule**

gemäß § 31 GO LSA vom Mitwirkungsverbot Betroffene:

Frau Masur und Herr Dr. Meerheim

123	Internationaler Bund	GS Am Heiderand
-----	----------------------	-----------------

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:

2

154	Internationaler Bund	GS Kastanienallee
-----	----------------------	-------------------

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:

2

1	Caritas Regionalverband Halle e.V.	Grundschule Friesen	Schul-Dschungel kunterbunt
---	--	------------------------	----------------------------

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:

2

142	Caritas Regionalverband Halle e.V.	Grundschule	Brückenwind (GS Diemitz)
-----	--	-------------	--------------------------

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:

2

108	Caritas Regionalverband Halle e.V.	Grundschule Lessing	Schule mit Sinn
-----	--	------------------------	-----------------

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:

2

109	Jugend und Familienzentrum St. Georgen e.V.	Grundschule	Schulsozialarbeit in der Grundschule Büschdorf
-----	---	-------------	---

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:

2

155	Internationaler Bund	Grundschule	Schulsozialarbeit Montessori Schule
-----	----------------------	-------------	--

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

10 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:

2

117	Kinder u Jugendhaus e.V.	Grundschule	Schulsozialarbeit GS Diesterweg/ GS Südstadt
-----	--------------------------	-------------	--

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:

2

110	Trägerwerk Soziale Dienste	Grundschule	GS Frohe Zukunft
-----	----------------------------	-------------	------------------

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:

2

157	Jugendwerkstatt Frohe Zukunft	Grundschule	Schulsozialarbeit GS Wittekind
-----	-------------------------------	-------------	--------------------------------

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:

2

148	Franckesche Stiftungen zu Halle	Grundschule	Schulsozialarbeit GS August Herrmann Francke
-----	---------------------------------	-------------	--

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:

2



116	Jugendwerkstatt Frohe Zukunft	Grundschule	Schulsozialarbeit GS Ulrich v. Hutten
-----	----------------------------------	-------------	--

**Keine Anfragen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**11 Ja-Stimmen**

**0 Nein-Stimmen**

**0 Enthaltungen**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:**

**2**

112	SKV Kita gemeinnützige GmbH	Grundschule	Schulsozialarbeit in der GS Hanoier Straße
-----	-----------------------------------	-------------	---

**Keine Anfragen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**11 Ja-Stimmen**

**0 Nein-Stimmen**

**0 Enthaltungen**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:**

**2**

121	Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik	Grundschule	Schulsozialarbeit "Johannes- Schule und Hort BUK"
-----	---	-------------	--

**Keine Anfragen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**11 Ja-Stimmen**

**0 Nein-Stimmen**

**0 Enthaltungen**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:**

**2**

147	Humanistischer Regionalverband	vorw. Grundschule	Schulsozialarbeit im Bildungshaus Riesenklein
-----	-----------------------------------	-------------------	--

**Keine Anfragen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**9 Ja-Stimmen**

**0 Nein-Stimmen**

**2 Enthaltungen**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:**

**2**

120	Trägerwerk Soziale Dienste	Grundschule	GS Am Ludwigsfeld
-----	----------------------------	-------------	-------------------

**Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger),** fragte an, wieso hier eine Aufstockung von 0,5 auf 0,75 VzS erfolgen soll? Im Vorjahr war die 0,5 VzS ausreichend hierfür, wieso jetzt mehr? Diese Summe soll lieber für die Regelförderung verwendet werden.

**Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung),** fragte, für welches Angebot in der Regelförderung die Summe dann vorgeschlagen werden soll?

**Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger),** antwortete, dass in der Sondersitzung am 20.02.14 über die Projekte entschieden werden soll. Da sind auch Angebote der Leistungsbeschreibungen III und V, die evtl. nicht berücksichtigt werden sollen und wofür evtl. diese Finanzierungssumme genommen werden kann.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion,** fragte an, wieso jetzt dieser Aufwuchs ist. Gibt es evtl. einen höheren Bedarf an dieser Schule auf Grund gestiegener Schülerzahlen?

**Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung,** antwortete, dass hier eingeschätzt worden ist, dass ein höherer Einsatz von Schulsozialarbeit notwendig ist (viele Familien mit Unterstützungsbedarf) und deshalb eine Erhöhung von 0,5 auf eine 0,75 VzS vorgeschlagen wird. In der Regel wird bei Grundschulen von einer 0,5 VzS ausgegangen und bei erhöhtem Bedarf von einer 0,75 VzS.

**Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger),** sprach an, dass auf Grund der bisherigen Erfahrungen hier sicher auch eine 0,5 VzS ausreichend ist. Er würde dies belassen wollen, um die Restsumme für andere Projekte, welche am 20.02. zur Förderung anstehen, zur Verfügung stehen zu haben.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM,** sprach an, dass die Begründung von Herrn Dölle für sie so nicht nachvollziehbar ist. Die Freien Schulen wurden hier gar nicht bedacht. Für was soll die Restsumme verwendet werden?

**Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger),** antwortete, dass ein Vorschlag dazu in der Sondersitzung am 20.02. eingebracht wird.

**Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung),** machte deutlich, dass hier nicht nur die Schülerzahlen mit herangezogen worden sind, sondern andere Kriterien, z. B. auch die Anzahl von Hilfen zur Erziehung.

Es gab keine weitere Diskussion.

**Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger),** stellte seinen **Änderungsantrag zur laufenden Nr. 120.** Es soll hier bei einer 0,5 VzS geblieben werden und für die verbleibende Restsumme soll in der Sitzung am 20.02.14 von der Verwaltung ein Vorschlag unterbreitet werden.

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief zur Abstimmung des Änderungsantrages von Herrn Dölle zur lfd. Nr. 120 auf:**

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**  
**8 Ja-Stimmen**  
**1 Nein-Stimme**  
**2 Enthaltungen**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:** **2**

**Horte** **gemäß § 31 GO LSA vom Mitwirkungsverbot Betroffene:**  
Herr Dr. Meerheim, Frau Ute Haupt, Frau Plättner,  
Frau Schubert

71	DRK Kreisverband Halle-Saalkreis- Mansfelder Land	Hort GS Zanderweg GS Lilien	Heide-Nord - Halle-Neustadt Grundschulkindl. Förderung
----	---	-----------------------------------	---

**Keine Anfragen.**

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**  
**9 Ja- Stimmen**  
**0 Nein-Stimmen**  
**0 Enthaltungen**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:** **4**

53	AWO Kita Halle gGmbH	Hort	Schulsozialarbeit Hort "Am Kirchteich"
----	-------------------------	------	---

**Keine Anfragen.**

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**  
**9 Ja- Stimmen**  
**0 Nein-Stimmen**  
**0 Enthaltungen**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:** **4**

54	AWO Kita Halle gGmbH	Hort	Schulsozialarbeit Hort "Am Zollrain"
----	-------------------------	------	---

**Keine Anfragen.**

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**  
**9 Ja- Stimmen**  
**0 Nein-Stimmen**  
**0 Enthaltungen**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:** **4**

122	Villa Jühling e.V.	Horte SRÜ	Bewegte Bildung - Bildung bewegt
-----	--------------------	-----------	----------------------------------

**Keine Anfragen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**8 Ja-Stimmen**

**0 Nein-Stimmen**

**1 Enthaltung**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:**

**4**

33	CVJM - FAZ	Horte SRÜ	Erziehung aus einer Hand
----	------------	-----------	--------------------------

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion,** fragte an, warum hier eine Streichung vorgeschlagen wird.

**Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung,** antwortete, dass es bei der Bewertung ein „Sehr gut“ gab. Für dieses Angebot sind Horte betroffen, an denen bereits Schulsozialarbeit stattfindet. Das war damals noch nicht bekannt.

An den Grundschulen, an denen es Schulsozialarbeit gibt, soll es laut Ausschlusskriterium aus der Leistungsbeschreibung II kein Angebot am dazugehörigen Hort geben.

**Keine weiteren Anfragen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**6 Ja-Stimmen**

**1 Nein-Stimme**

**2 Enthaltungen**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:**

**4**

6	CVJM	Hort GS Neumarkt	DRK-Hort Abenteuerland
---	------	------------------	------------------------

**Keine Anfragen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**9 Ja- Stimmen**

**0 Nein-Stimmen**

**0 Enthaltungen**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:**

**4**

126	SKV Kita gemeinnützige GmbH	Hort	Hort Am Zanderweg - Schulsozialarbeit
-----	-----------------------------------	------	--

**Keine Anfragen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**9 Ja- Stimmen**

**0 Nein-Stimmen**

**0 Enthaltungen**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:**

**4**

72	Hallesche Sportjugend im SSB Halle e.V.	Hort	Hort am Zanderweg im Sportcontainer
----	---	------	--

**Keine Anfragen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**9 Ja- Stimmen**

**0 Nein-Stimmen**

**0 Enthaltungen**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:**

**4**

**Förderschulen**

**gemäß § 31 GO LSA vom Mitwirkungsverbot**

**Betroffene: Frau Plättner, Frau Wießner**

107	AWO Erziehungshilfe Halle gGmbH	Förderschule	Schulsozialarbeit "Comeniusschule"
-----	------------------------------------	--------------	---------------------------------------

**Keine Anfragen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**11 Ja-Stimmen**

**0 Nein-Stimmen**

**0 Enthaltungen**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:**

**2**

114	DKSB	Förderschule	Schulsozialarbeit an der Förderschule Janusz Korczak
-----	------	--------------	--

**Keine Anfragen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**11 Ja-Stimmen**

**0 Nein-Stimmen**

**0 Enthaltungen**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:**

**2**

113	DKSB	Förderschule	Schulsozialarbeit an der Förderschule Astrid Lindgren
-----	------	--------------	---

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:

2

118	Kinder u Jugendhaus e.V.	Förderschule	Schulsozialarbeit FOS Pestalozzi
-----	--------------------------	--------------	----------------------------------

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:

2

124	Trägerwerk Soziale Dienste	Förderschule	FOS A. Liebmann
-----	----------------------------	--------------	-----------------

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

9 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:

2

119	Trägerwerk Soziale Dienste	Förderschule	Sprachheilschule Halle
-----	----------------------------	--------------	------------------------

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

9 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:

2

**Berufsschule****keine gemäß § 31 der GO LSA vom Mitwirkungsverbot  
Betroffenen**

128	Jugend und Familienzentrum St. Georgen e.V.	BBS	Schulsozialarbeit in der BBS Gutjahr
-----	---	-----	--------------------------------------

**Keine Anfragen.****Abstimmungsergebnis:****einstimmig zugestimmt  
13 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen****Einzelabstimmung zu den Projekten in der Anlage 2,  
Version vom 22.01.2014:****Schulbezogene Jugendarbeit****gemäß § 31 GO LSA vom Mitwirkungsverbot  
Betroffene:  
Frau Masur, Frau Plättner, Herr Dölle**

127	Friedenskreis Halle e.V.	Jugendbildung an Schulen	Kompetent im Konflikt
-----	--------------------------	-----------------------------	--------------------------

**Keine Anfragen.****Abstimmungsergebnis:****einstimmig zugestimmt  
10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen****Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:****3**

89	Friedenskreis Halle e.V.	Jugendbildung an Schulen	Couragierte Schule
----	--------------------------	-----------------------------	--------------------

**Keine Anfragen.****Abstimmungsergebnis:****einstimmig zugestimmt  
10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen****Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:****3**

129	Villa Jühling e.V.	Sekundar- und BbS	Wir sind (eine) Klasse! - Projekte sozialen Lernens in der Villa Jühling
-----	--------------------	-------------------	--

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

9 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:

3

141	Caritas Regionalverband Halle e.V.	schulbezogene JA	Kiez-Learning
-----	------------------------------------	------------------	---------------

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte an,** warum hier eine sehr hohe Bewertung erfolgt ist und dann das Projekt abgelehnt wird?

**Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung,** antwortete, dass Caritas bereits in der Mailänder Höhe 6 ein HzE- Angebot unterbreitet. Die jungen Bewohner besuchen Schulen im Umfeld, welche über Schulsozialarbeit verfügen. Deswegen wurde dieser Vorschlag unterbreitet.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM,** fragt nach dem Gleichhandlungsprinzip. Ist diese Vorgehensweise bei allen Angeboten so erfolgt?

**Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung,** bejahte dies.

Keine weiteren Anfragen **zur lfd. Nr. 141.**

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

7 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:

3

158	AWO RV Halle-Merseburg e.V.	vorw. Sekundarschule	Schulbezogene Jugendarbeit Dornröschen
-----	-----------------------------	----------------------	--

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

10 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:

3



150	Volkssolidarität Querfurt-Merseburg e.V.	vorw. Sekundarschule	M.O.V.E. - Begleitung und Beratung
-----	--	----------------------	------------------------------------

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

9 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:**

3

81	Volkssolidarität Querfurt-Merseburg e.V.	Sekundarschulen	Werkstatt-Schule
----	--	-----------------	------------------

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

9 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:**

3

115	Volkssolidarität Querfurt-Merseburg e.V.	vorw. Sekundarschule	Bildungsclub Mitte
-----	--	----------------------	--------------------

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

9 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:**

3

35	Volkssolidarität Querfurt-Merseburg e.V.	Grundschule	Sprungbrett
----	--	-------------	-------------

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

9 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:**

3

145	Kinder u Jugendhaus e.V.	Grundschulen	Übergangsbegleiter
-----	--------------------------	--------------	--------------------

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion,** fragte, ob hier keine Förderung notwendig ist.

**Herr Deckert, Jugendhilfeplaner FB Bildung,** antwortete, dass es sich hier um ein neues Projekt handelt. Die Auswertung ergab, dass das Angebot an Grundschulen im Süden durchgeführt werden soll, mit der Zielrichtung, die Eltern zu beraten, welche Schullaufbahn eingeschlagen werden soll. Für die Übergangsbegleitung liegt keine genaue Beschreibung vor. Schulsozialarbeit wurde nicht deutlich, es war eine allgemeine Beschreibung.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion,** sprach an, dass er eine schlechte Beantragung heraushört, welche ein Versagungsgrund ist. Er sieht hier einen Bedarf.

**Herr Deckert, Jugendhilfeplaner FB Bildung,** antwortete, dass hier die Frage ist, ob Schulsozialarbeit dafür zuständig sei, das zu klären. Dies wurde verneint.

**Keine weiteren Anfragen zur lfd. Nr. 145.**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt  
**7 Ja-Stimmen**  
**0 Nein-Stimmen**  
**3 Enthaltungen**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:** 3

91	Caritas Regionalverband Halle e.V.	Medienarbeit (schulbez.JA)	SchulPOOL
----	------------------------------------	----------------------------	-----------

**Keine Anfragen.**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt  
**9 Ja-Stimmen**  
**0 Nein-Stimmen**  
**1 Enthaltung**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:** 3

156	Clara-Zetkin e.V.	vorw. Sekundarschule	Schul-Bummler-Büro
-----	-------------------	----------------------	--------------------

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.,** fragte, wieso hier eine so niedrige Punktezahl vergeben werden soll? Ist die lfd. Nr. 145 nicht besser bewertet?

**Herr Deckert, Jugendhilfeplaner FB Bildung,** antwortete, dass der Antrag nicht unbedingt besser ist, aber die gleiche Kategorie und es besteht Bedarf am Projekt Schul-Bummler-Büro.

Keine weiteren Anfragen zur lfd. Nr. 156.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt  
7 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:** 3

3	Jugendwerkstatt Frohe Zukunft	vorwiegend Sekundarschule	Schulsozialarbeit im Bürgertreff
---	-------------------------------	---------------------------	----------------------------------

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt  
10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:** 3

**Jugendberufshilfe**

**gemäß § 31 GO LSA vom Mitwirkungsverbot Betroffene:** Frau Raab, Frau Ute Haupt, Frau Masur, Frau Plättner, Herr Dölle

125	Internationaler Bund	Berufsorientierung	ROXY
-----	----------------------	--------------------	------

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt  
8 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:** 5

83	St. Johannis GmbH	"Ersatzschule" für Migranten	LOOP, Lernen für Schulabschlüsse oder Orientierung in der Ausbildungs- und Berufswelt durch prakt. Arbeiten
----	-------------------	------------------------------	---

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt  
8 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:** 5

51	AWO Erziehungshilfe Halle gGmbH	Berufsorientierung	Ko-Finanzierung "WAKE UP"
----	---------------------------------	--------------------	---------------------------

Keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**8 Ja-Stimmen**

**0 Nein-Stimmen**

**0 Enthaltungen**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:**

**5**

149	SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH	Berufsorientierung	SfB - Stationspark für Berufswahlreife
-----	---	--------------------	--

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, sprach an, dass sie dieses Projekt für sehr wichtig hält. Sie hat sich hierzu nochmals kundig gemacht. Sollte von den freien Trägern hierzu wieder ein Änderungsantrag wie im Dezember kommen, würde sie diesem nicht zustimmen.

**Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)**, stellte den Änderungsantrag, dieses Projekt auf Null zu setzen. Es gibt in allen Bereichen zu wenig finanzielle Mittel. Die Frage ist, wie wichtig ist dieser Bereich im Vergleich gegenüber anderen Sparten und den hier zur Verfügung stehenden Personalstellen. Hier wird das Gesamtkonstrukt der Jugendhilfe gesehen, wie wird eine Gleichwertigkeit verschiedener Angebote erreicht? Die gesamte Jugendhilfe ist unterfinanziert. Deshalb soll diese Summe für andere Projekte in der Jugendhilfe zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, stimmte der Aussage von Frau Wolff zu. Er sieht hier gute Dinge wegbrechen, wenn dem Änderungsantrag zugestimmt wird. Das Projekt wurde gut angenommen und war gut. Die Verwaltung hat hier eine hohe Punktezahl angesetzt. Er ist für dieses Projekt.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, wies ebenfalls auf die hohe Punktebewertung durch die Verwaltung hierzu hin, also wird ein Bedarf auch gesehen.

Keine weiteren Anfragen **zur lfd. Nr. 149**.

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, rief den **Änderungsantrag von Herrn Kramer zur lfd. Nr. 149** zur Abstimmung auf:

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

**3 Ja-Stimmen**

**4 Nein-Stimmen**

**1 Enthaltung**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:**

**5**

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief zur Abstimmung der lfd. Nr. 149 auf.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**  
**5 Ja-Stimmen**  
**3 Nein-Stimmen**  
**0 Enthaltungen**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:** **5**

151	Volkssolidarität Querfurt-Merseburg e.V.	vorw. Sekundarschule	M.O.V.E. - junge Mütter
-----	--	----------------------	-------------------------

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, sprach an, dass hier eine hohe Punktebewertung vorgenommen wurde, aber dies nicht weiter gefördert werden soll. Durch den Träger findet noch ein anderes Projekt unter der lfd. Nr. 152 statt. Können diese Projekte nicht zusammen genommen werden?

**Herr Deckert, Jugendhilfeplaner FB Bildung**, antwortete, dass die drei Projekte unter den lfd. Nr. 151 und 150 als auch die lfd. NR. 152 unter dem Namen M.O.V.E als ein Komplex laufen. Sie sind als Fortführung der ESF-Projekte „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ und „BVJ praktisch“ (aus der Bundesinitiative JUGEND STÄRKEN- lief bis 31.12.2013) zu lesen. Es wird ein Fortführungsprogramm JUGEND STÄRKEN im Quartier geben, welches voraussichtlich Ende 2014 zum Tragen kommen wird.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, verwies darauf, dass die Problematik junger Mütter eine größere Gruppe tangiert und nicht unwichtig ist.

**Herr Deckert, Jugendhilfeplaner FB Bildung**, bestätigte, dass es sich hier um eine wichtige Zielgruppe handelt. Der Schwerpunkt zur Förderung wurde seitens der Verwaltung auf die lfd. Nr. 152 gelegt, da hier die weiter gefasste Zielgruppe benannt wurde.

**Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales)**, wies darauf hin, dass auf Grund nicht ausreichender Finanzierungsmittel nicht mehr an Fördervorschlägen vorgelegt werden konnte und die Schwerpunktsetzung erfolgen musste.

**Keine weiteren Anfragen zur lfd. Nr. 151.**

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**  
**7 Ja-Stimmen**  
**0 Nein-Stimmen**  
**1 Enthaltung**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:** **5**

111	Caritas Regionalverband Halle e.V.	Berufsorientierung	H2O GO! - Gezielt orientieren! 2014
-----	------------------------------------	--------------------	-------------------------------------

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, fragte an, was sich hinter dem Projekt „H2O-GO!“ verbirgt.

**Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung)**, antwortete, dass dies eine Gehstruktur im Jahr 2014 bedeutet.

**Keine weiteren Anfragen.**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt  
**8 Ja-Stimmen**  
**0 Nein-Stimmen**  
**0 Enthaltungen**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:** 5

152	Volkssolidarität Querfurt-Merseburg e.V.	vorw. Sekundarschule	M.O.V.E. - Lernortverlagerung
-----	--	----------------------	-------------------------------

**Keine Anfragen.**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt  
**7 Ja-Stimmen**  
**0 Nein-Stimmen**  
**1 Enthaltung**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:** 5

**Diskussion zu den lfd. Nr. 143 und 52 - Wirtschaftsschule Halle:**

143	Wirtschaftsschule Halle	mehrere Förderschulen	Tage in der Praxis (TiP) an Förderschulen
-----	-------------------------	-----------------------	---

**Frau Wießner, CDU-Fraktion**, sprach an, dass hier in der Sitzung im Dezember von Herrn Trömel ein Tausch zwischen den Summen der Nr. 143 und Nr. 52 beantragt worden war.

52	Wirtschaftsschule Halle	Sekundarschulen	Tage in der Praxis (TiP) an Sekundarschulen
----	-------------------------	-----------------	---

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, verwies darauf, dass bei einem Tausch diese Summe gar nicht vorhanden ist.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, stellte den Änderungsantrag zur lfd. Nr. 143 die Antragssumme von 6.350,00 Euro für die 0,25 VzS auch in das Jahr 2014 zu übernehmen. Er sprach an, dass die fehlende Summe aus dem vorhin zugestimmten Änderungsantrag, welche für die Sitzung am 20.02.14 übrig bleiben sollte, genommen werden könnte. Die Nr. 52 soll seiner Meinung nach wie vorgeschlagen bleiben.

**Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)**, wies darauf hin, dass dem Änderungsantrag vorhin so zugestimmt worden ist, dass die daraus verbleibende Summe zur Sondersitzung am 20.02. für Förderprojekte zur Verfügung stehen soll. Er stellt den Änderungsantrag, die in der lfd. Nr. 52 stehende vorgeschlagene Summe zu streichen.

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, rief zur Abstimmung des Änderungsantrages von Herrn Schachtschneider zur lfd. Nr. 143 zur Übernahme der Antragssumme von 6.350,00 Euro für die 0,25 VzS in 2014 auf:

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt.**  
**4 Ja-Stimmen**  
**1 Nein-Stimme**  
**3 Enthaltungen**  
**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene: 5**

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, rief zur Abstimmung des Änderungsantrages von Herrn Kramer zur lfd. Nr. 52 zur Streichung der dort vorgeschlagenen Summe von 3.150,00 Euro für 2014 auf:

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**  
**2 Ja-Stimmen**  
**4 Nein-Stimmen**  
**2 Enthaltungen**  
**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene: 5**

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, rief zur Abstimmung der lfd. Nr. 52 auf:

52	Wirtschaftsschule Halle	Sekundarschulen	Tage in der Praxis (TiP) an Sekundarschulen
----	-------------------------	-----------------	---

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**  
**6 Ja-Stimmen**  
**0 Nein-Stimmen**  
**2 Enthaltungen**  
**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene: 5**

70	Hallesche Sportjugend im SSB Halle e.V.	Berufsorientierung	Sportjugendtreff Heide-Nord
----	---	--------------------	-----------------------------

**Keine Anfragen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**8 Ja-Stimmen**

**0 Nein-Stimmen**

**0 Enthaltungen**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:**

**5**

82	Humanistischer Regionalverband	Sek./ Gesamt./ BbS	Berufsstärkungs- Sozialraumübergreifend
----	--------------------------------	--------------------	---

**Keine Anfragen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**7 Ja-Stimmen**

**0 Nein-Stimmen**

**1 Enthaltung**

**Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:**

**5**

131	Jugend und Familienzentrum St. Georgen e.V.	Berufsorientierung	BOSSA - BerufsOrientierte SchulSozialArbeit
-----	---	--------------------	---

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion,** fragte an, warum hier der Vorschlag bei Null liegt?

**Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung,** antwortete, dass es sich hier um die letzte Priorität handelt und die finanziellen Mittel dann verbraucht sind.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion,** sprach an, dass die Punktebewertung im vergangenen Jahr hierzu anders war, was ist jetzt anders?

**Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung,** antwortete, dass dieses Projekt förderfähig ist. Die Auswertung des Antrages hat eine schlechtere Bewertung ergeben.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.,** fragte an, ob für die Bewertung die bisher geleistete Arbeit im Projekt herangezogen wurde.

**Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung,** antwortete, dass hier der § 74 SGB VIII greift.

**Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung),** antwortete, dass der Antrag für die Bewertung herangezogen wird. Was hierzu läuft, ist der Verwaltung bekannt. Wir haben eine vom Jugendhilfeausschuss beschlossene



Prioritätensetzung nach Schulformen und danach wird gegangen. Die finanziellen Mittel sind begrenzt.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, fragte an, ob der Fachbereich Bildung nicht eine Beratungspflicht hat, wenn der Antrag so schlecht war.

**Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung**, antwortete, dass eine Beratung des Trägers hierzu erfolgte.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, fragte zur Arbeit des Trägers an.

**Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung**, antwortete, dass die Arbeit des Projektes im vergangenen Jahr hier nicht so gut war, wie dies erwartet worden ist. Es wurden dazu Gespräche mit dem Träger geführt. Das heißt aber nicht, dass die Arbeit im Projekt schlecht war. Zur Antragstellung und Förderung gab es eben bessere Bewertungen. Der Antrag ist förderfähig.

Keine weiteren Anfragen zur lfd. Nr. 131.

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, rief zur Abstimmung zur lfd. Nr. 131 auf:

<b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b>	<b>mehrheitlich zugestimmt</b>
	<b>5 Ja-Stimmen</b>
	<b>1 Nein-Stimme</b>
	<b>2 Enthaltungen</b>
<b>Vom Mitwirkungsverbot Betroffene:</b>	<b>5</b>

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, stellte fest, dass damit die Einzelabstimmungen zu den Projekten in der Schulsozialarbeit für das Jahr 2014 erfolgt sind und beendete diesen TOP.

## zu 6      **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

### zu 6.1      **Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) - Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten** **Vorlage: V/2013/12114**

---

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, sprach an, dass von der FDP-Fraktion heute ein geänderter Antrag vorgelegt wurde. Sie bat Frau Raab um Erläuterung des Antrages ihrer Fraktion.

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, erläuterte den nochmals geänderten Antrag ihrer Fraktion in seinen 3 Beschlussvorschlägen. Der Fraktion geht es hierbei um die Frage, warum der Eigenbetrieb Kindertagesstätten (EB Kita) teurer als die freien Träger ist. Sie kündigte die Beantragung einer Einzelabstimmung zu den Beschlusspunkten an.

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, sprach an, dass dieser Antrag erst nach dem Ausschuss des EB Kita geändert wurde und dort so nicht vorgelegen hatte.

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, forderte die CDU-Fraktion zur Erläuterung ihres Änderungsantrages auf.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, erläuterte den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und sprach sich gegen die Formulierung „Stopp“ im Antrag der FDP-Fraktion aus. Er sprach sich für eine wertfreie Prüfung der Sachverhalte aus. Zugleich sprach er sich gegen eine Begrenzung eines Trägers, in diesem Fall dem EB Kita, vor jeder weiteren Prüfung aus. Er bleibt bei dem Änderungsantrag und ändert nur das Datum im Beschlusspunkt 1 auf Mai (Streichung Januar).

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM**, monierte, dass im Ausschuss des EB Kita am 24.01.14, welcher der zuständige Fachausschuss hierfür ist, kein Vertreter der antragstellenden Fraktion anwesend war. Da der Änderungsantrag der CDU-Fraktion jedoch der weitergehende Antrag ist, sei man in diesem Ausschuss für diesen Antrag gewesen. Der FDP-Antrag wurde dort diskutiert und beraten. Sie sprach an, dass der Eigenbetrieb Kindertagesstätten einer von mehreren Trägern von Kitas in der Stadt Halle (Saale) ist und sie demzufolge den Änderungsantrag der CDU-Fraktion unterstützt, welcher die Kostenstrukturen aller Träger untersuchen soll. Dies ist im Sinn der Gleichbehandlung der korrektere Weg.

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, erwiderte, dass sie keine Einladung zu dem Ausschuss des EB Kita erhalten hatte.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, merkte dazu an, dass dort gesagt worden ist, dass eine Einladung an die FDP-Fraktion erfolgt sei.

**Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)**, erkundigte sich nach der Stellungnahme der Verwaltung, wo es um die Bauprojekte der Stadt Halle geht. Was ist „Sondermögen“ des EB Kita?

**Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales)**, antwortete, dass die Grundstücke im Besitz der Stadt Halle sind und dem EB Kita übertragen wurden und entsprechend verrechnet werden.

**Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)**, erkundigte sich nach den Projekten „Heide-Süd“ und „Schimmelstraße“.

**Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales)**, antwortete, dass beim Projekt „Heide-Süd“ kein Stopp sinnvoll ist, da die Planungen bereits zu weit vorangeschritten sind. Beim Projekt „Schimmelstraße“ drohen ggf. Rückzahlungen, da der EB Kita die Summe über eine Vorschusszahlung erbracht hat. Dies soll über „Stark III“ abgedeckt werden.

**Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)**, wandte sich an **Frau Raab** und fragte, ob die Kosteneinsparung das einzige Kriterium für eine Aufgabenübertragung sein soll.

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, erläuterte, dass es nicht sein kann, dass jedes Jahr immer wieder Haushaltsnachträge für den EB Kita anfallen und damit die zur Verfügung stehenden Kosten nicht ausreichen. Bei hoher Qualität soll die Kinderbetreuung auch kostengünstig sein, ggf. eben mit einem freien Träger als Variante, wie es auch in anderen Städten schon erfolgt ist.

**Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger),** erkundigte sich nunmehr, wie das mit dem geforderten Baustopp aussehen soll. Den vorgeschlagenen Punkt 3 sieht er als zwei Beschlusspunkte an und fragte, inwieweit dies nochmals durch den Antragsteller unterteilt werden kann. Bei einer Einzelabstimmung wäre dies wichtig.

**Frau Raab, FDP-Fraktion,** signalisierte hierbei Kompromissbereitschaft, so dass daraus ein weiterer Beschlusspunkt innerhalb des Änderungsantrags werden könnte. Sie bat zuerst um die Abstimmung zu dem Antrag der FDP-Fraktion, da sie diesen als weiterführenden ansieht und dann über den Änderungsantrag abzustimmen.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion,** widersprach dieser Darstellung.

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion,** monierte, dass der geänderte Antrag der FDP-Fraktion nicht bereits dem Fachausschuss vorgelegen hat. Da dieser aus ihrer Sicht inhaltlich fachlich hierzu hätte diskutiert werden müssen.

**Herr Schreyer, Fachbereich Recht,** verwies eindeutig auf die Modalitäten bei den Abstimmungen von Anträgen und Änderungsanträgen. Die FDP-Fraktion hat heute einen geänderten Antrag vorgelegt. Von Stadträten der CDU-Fraktion liegt ein Änderungsantrag vor, welcher heute geringfügig im Monat angepasst wurde.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM,** fragte, wer denn die aus finanzieller Sicht uninteressanten Einrichtungen betreiben sollte. Sie sei durchaus für die Untersuchung, jedoch als Steuerung für künftige Entwicklungen. Die Formulierungen des Antrags der FDP-Fraktion seien ihr zu plakativ und deswegen stimme sie noch einmal für das Abwarten des Prüfergebnisses, wie im Änderungsantrag vorgeschlagen wurde.

**Frau Schubert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger),** sprach sich jedoch für den Antrag der FDP-Fraktion aus, da dieser Antrag aus ihrer Sicht doch vollständig sei.

**Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung),** erklärte, dass der Antrag der FDP-Fraktion unvollständig sei, da ja eigentlich alle Träger untersucht werden müssen. Möglicherweise kommt dabei noch heraus, dass ein anderer Träger noch teurer als der EB Kita ist. Dies kann aber erst eingeschätzt werden, wenn die Gesamtübersicht zu den Kosten von allen Trägern von Kindertageseinrichtungen vorliegt. Von daher kann die Verwaltung nur den Änderungsantrag der CDU-Fraktion unterstützen.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die LINKE.,** erklärte, dass der Antrag der FDP-Fraktion die Unterstellung beinhaltet, dass der EB Kita teurer ist und dies ist bisher durch nichts begründet. Es müsse doch erst einmal die Kostenstruktur des EB Kita untersucht werden. Hinsichtlich der Beantragung der Baustopps müsse er deutlich erklären, dass für die Baumaßnahmen Baubeschlüsse des Stadtrats vorliegen und diese nun nicht einfach mal aufgehoben werden können. Deswegen sei er gegen den Antrag der FDP-Fraktion. Den Änderungsantrag hält er für ergebnisoffener.

**Herr Dr. Kluge, Beratendes Mitglied (Evang. Kirchenkreis),** fand es richtig, dass eine Kostentransparenz hergestellt werden soll, warnte jedoch vor schematischen Vergleichen. Der geforderte Baustopp erschließt sich ihm auch nicht, es gibt doch einen Bedarfs- und Entwicklungsplan Kita, welcher auch eine Grundlage für Baumaßnahmen darstellt. Er kann dem FDP-Antrag deswegen nicht zustimmen.

**Frau Raab, FDP-Fraktion,** antwortete Frau Wolff, wie sich die FDP den Umgang mit den finanziell problematischen Kitas vorstelle. Da noch kein Ergebnis vorliegt, könne sie noch keine konkrete Antwort im Detail geben. Sie verwies darauf, dass mit der Vorlage der Anlage

zur Kostenbeitragssatzung Kita doch deutlich wurde, dass der EB Kita teurer ist als die freien Träger. Es geht nicht um eine Unterstellung. Jedes Jahr gibt es Haushaltsnachträge im Bereich Hilfen zur Erziehung und im Bereich Kita, das kann doch nicht so hingenommen werden.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM**, betonte, dass eine Vermischung von Ausgaben zur „Hilfe zur Erziehung“ mit Kita-Ausgaben nicht zulässig ist.

**Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales)**, erläuterte, dass auch die Verwaltung für die Kostenprüfung sei, aber das Ergebnis noch völlig offen sei. Zudem sei noch zu prüfen, was der Gesetzgeber zur Finanzierung aller Kitas denn sage.

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, sprach nochmals an, dass sie nicht zum Betriebsausschuss des EB Kita eingeladen worden sei.

Es gab keine weiteren Diskussionspunkte.

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, rief zur Abstimmung des Änderungsantrages der Stadträte **Hildebrandt, Schachtschneider und Scholtyssek (alle CDU)** auf:

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**10 Ja-Stimmen**  
**1 Nein-Stimme**  
**2 Enthaltungen**

**Geänderter Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung untersucht ergebnisoffen die Kostenstrukturen des Eigenbetrieb Kita pro Platz im Verhältnis zu den freien Trägern und legt dem Stadtrat bis spätestens ~~Januar~~ **Mai** 2014 das Ergebnis vor.
2. Anhand dieser Untersuchung legt die Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Beschluss zur Schaffung organisatorischer und struktureller Voraussetzungen für die langfristige Sicherung der Qualität von Kindertagesstätten in der Stadt Halle vor.

Zur Frage der Abstimmung zu dem FDP-Antrag erklärte **Frau Raab, FDP-Fraktion**, dass dem weiterführenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion ja bereits zugestimmt worden ist und sich somit eine Abstimmung des FDP-Antrages im Jugendhilfeausschuss erledigt habe.

**Abstimmungsergebnis:** **beraten**

**Geänderter Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung untersucht die Ursachen für die erheblichen Mehrkosten pro Platz auf der Seite des Eigenbetriebs Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) gegenüber den Freien Trägern.
2. Die Stadt prüft die Möglichkeiten der Kosteneinsparung im Bereich der Kindertagesbetreuung **im Eigenbetrieb**. ~~durch~~ Die teilweise oder gänzliche

Übertragung der Kindertageseinrichtungen des Eigenbetriebs an Freie Träger **wird dabei mit in Betracht gezogen.**

3. In den Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung der Stadt Halle (Saale) werden **bis zum Abschluss der Prüfungen** keine zukünftigen Bauprojekte des Eigenbetriebs Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) aufgenommen. Die derzeit enthaltenen Vorhaben in der Schimmelstraße und Heide-Süd werden gestrichen.

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der Stadträte Hildebrandt, Schachtschneider und Scholtyssek (alle CDU) zum Antrag der FDP-Fraktion Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten (V/2013/12114)  
Vorlage: V/2013/12155**

---

Diskussion und Abstimmung siehe unter TOP 6.1

**zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

**zu 8 Mitteilungen**

---

**zu 8.1 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Hortbetreuung von Kindern mit besonderem Förderbedarf  
Vorlage: V/2013/11554**

---

**Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende, SPD-Fraktion,** verwies auf die vorliegende Informationsvorlage, die zur Kenntnisnahme ist.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM,** erkundigte sich, warum diese Informationsvorlage zuerst im Stadtrat vorlag und zudem keine Beschlussvorlage sei.

**Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung)** erklärte, dass es sich hier um eine Richtlinie handelt, welche unter Verwaltungshandeln fällt.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM,** erkundigte sich, woher die Finanzierung kommen solle. „Hilfe zur Erziehung“ könne es nicht sein.

**Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung),** erklärte, dass dies bei Feststellung eines besonderen Förderbedarfes im Rahmen von HzE, aus den unterschiedlichen Paragrafen heraus, möglich sei (SGB VIII, § 35a). Aus dem KiföG heraus gibt es keine Finanzierungsmöglichkeiten für einen besonderen Förderbedarf.

**Frau Wießner, CDU-FRAKTION,** erkundigte sich, ob es auch „sonderpädagogisches Personal“ geben wird und wie es sich mit dem Personalschlüssel aus dem KiföG 1: 20 verhält.

**Frau Schöps, Fachbereich Bildung**, erklärte, dass der Gesetzgeber hier Vorgaben mache, aber man genau schauen müsse, welche Personen konkret eingesetzt werden. Zum Personalschlüssel erklärte sie, dass man sich an den Verhältnissen in den Förderschulen orientiert habe. Für 13 Kinder ist zusätzlich zum gesetzlichen Personalschlüssel eine ½ Personalstelle vorgesehen. Dies betrifft auch die Förderschüler in Ganztagschulen die jetzt einen Hortplatz haben wollen.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die LINKE.**, fragte nach, ob sich die Verwaltung auf die Hinweise des Landes zu den Fachkräften bezieht, da sich das Land nicht konkret zum „Fachkräftegebot“ äußert.

**Frau Schöps, Fachbereich Bildung**, antwortete, dass im KiföG durchaus Angaben gemacht werden.

**Frau Hesselbach, Fachbereich Bildung**, ergänzte, dass die Fachkräftevorgaben des KiföG bindend seien, ggf. auch entsprechend der bekannten Regelungen Ausnahmegenehmigungen zum Personal können auf Antrag durch den Fachbereich Bildung erteilt werden. Sonderpädagogische Fachkräfte sind kein „Muss“. Dies kommt auf den zusätzlichen Sonderbedarf der Hortkinder an.

**Frau Plättner, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)**, erkundigte sich nach dem „Feststellungsbescheid“ für „sonderpädagogisches Personal“. Liegt dies der Schule vor?

**Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung)**, bejahte dies.

**Frau Plättner, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)**, fragte weiter, ob sich ein Ganztagsplatz im Hort danach berechnet, wie lange ein Kind da ist.

**Frau Schöps, Fachbereich Bildung**, bejahte dies. Der Personalschlüssel 1:13 muss eingehalten werden. Dies muss in der Praxisumsetzung genau angeschaut werden, um hierzu reagieren zu können. Es ist möglich, dass Konkretisierungen und Modifizierungen später, nach einem Praxisdurchlauf, möglich sein werden.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM**, erkundigte sich, ob das Problem der Ferienbetreuung für diese Kinder mittlerweile geklärt ist.

**Frau Schöps, Fachbereich Bildung**, erklärte, dass es hier eine gesamte Regelung geben muss. Dies war nicht in dieser Richtlinie handhabbar. Hier müssen konkrete Regelungen mit den Trägern bzw. zwischen den Trägern und den Eltern geschaffen werden. In Einzelfallprüfungen wurde für die Ferien etwas möglich gemacht, dies ist aber keine prinzipielle Lösung.

**Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung)**, ergänzte, dass die Verwaltung im Verlauf der nächsten Monate im Rahmen der Verhandlungen mit den Trägern die einzelnen Einrichtungen und die Leistungsbeschreibungen ansehen wird. Auch in Bezug auf die Belastungen. Es wird Verschiebungen geben. Ressourcen sollen dort hingehen, wo sie auch hingehören.

Keine weiteren Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) nimmt die Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Hortbetreuung von Kindern mit besonderem Förderbedarf zur Kenntnis.

**zu 8.2      Mitwirkungsverbot für Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gemäß § 31 GO LSA  
Vorlage: V/2014/12468**

---

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, sprach an, dass heute die Informationsvorlage zum Mitwirkungsverbot für Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gemäß § 31 GO LSA vorliegt. Herr Schreyer vom Fachbereich Recht hat hierzu hinreichend in der Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung am 15.01.2014 informiert.

Es gab keine Anfragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen

**Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zum Mitwirkungsverbot für Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gemäß § 31 GO LSA zur Kenntnis.

**zu 8.3      Stand Familienintegrationscoach**

---

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, sprach an, dass heute von der Verwaltung Informationen zum Stand „Familienintegrationscoach“ ausgelegt worden sind. Diese werden zur Kenntnis genommen.

**zu 9          Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**Frau Ute Haupt, Fraktion Die LINKE.**, bezog sich auf einen Artikel in der Tagespresse zur Frage des „Zwangs zur Vollverpflegung in den Kitas“. Welche Position bezieht das Jugendamt dazu? Gibt es noch andere Fälle dieser Art?

**Frau Hesselbach, Fachbereich Bildung**, erklärte, dass die KITA-Träger zum Angebot einer Mittagsmahlzeit gesetzlich verpflichtet sind, den Eltern jedoch laut KiFöG Wahlfreiheit eingeräumt wird. Eine Vollverpflegung kann definitiv nicht von den Eltern verlangt werden. Hinsichtlich der Fragen zum überarbeitungswürdigen Betreuungsvertrag insgesamt und zur „Verpflegung“ gab es Gespräche mit dem Träger. Die Haltung der Verwaltung als aufsichtsführende Behörde dazu wurde verdeutlicht, so dass die Annahme des Angebotes auf

freiwilliger Basis erfolgen muss. Die Betreuungsverträge werden auf Grund der Intervention des Fachbereiches Bildung geändert. Der Träger darf und sollte jedoch mit den Eltern versuchen, dass es zu einer Mittagsversorgung für alle Kinder kommt, da dies auch Teil der pädagogischen Arbeit und des Gleichbehandlungsansatzes aller Kinder ist. Im Rahmen des Konzeptes kann der Träger „gesunde Ernährung“, wie im vorliegenden Fall durch selbst gekochtes hochwertiges Essen, auch als Profilanpruch der KITA verdeutlichen. Dazu sollte der Träger mit den Eltern pädagogisch arbeiten. Die Eltern sollten jedoch bereits im Vorfeld bei ihrer Wahl der Kita darauf schauen, welche Art der Verpflegung und damit auch Ernährungsausrichtung in der KITA angeboten wird.

**Frau Ute Haupt, Fraktion Die LINKE**, sprach an, dass sie von einer Mutter die Information erhalten hat, dass diese statt eines Kitaplatzes einen Tagespflegeplatz erhalten soll. Wie gehen wir mit dieser Sache um, wenn andererseits auch Tagespflegeeinrichtungen (insbesondere die Tagesmütter) schließen?

**Frau Hesselbach, Fachbereich Bildung**, antwortete, dass wir aktuell zwei Schließungen von Tagespflegemütterstellen haben. Es erfolgt immer eine Einzelfallprüfung. Es werden Müttern auch zur Überbrückung der Zeit, wo noch kein Kitaplatz zur Verfügung gestellt werden kann, Tagespflegeplätze angeboten. Im angesprochenen Fall bittet sie im Anschluss um nähere Informationen, um diesen Fall prüfen zu können.

**Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, kommt hierzu auf Frau Hesselbach zu.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, würde es begrüßen, wenn Kinder generell eine Essensversorgung erhalten würden. Er fragte zu den Preisen für eine Mittagversorgung an.

**Herr Dr. Kluge, Kirchenkreis Halle-Saalkreis, Kirche mit Kindern und Familie**, sprach an, dass das Mittagessen zwischen 2 Euro und 2,60 € liegen kann, jedoch es durchaus, bedingt durch organisatorische Fragen, Abweichungen geben kann. Auch betriebswirtschaftliche Erwägungen müssen eine Rolle spielen dürfen. Es ist ein Unterschied, ob das Mittagessen von dem Cateringversorger ausgegeben wird oder durch die Kita hierfür eine Person bezahlt werden muss, die das erledigt. Der Wunsch ist da, dass möglichst viele Kinder an einer Essensversorgung teilnehmen. Je mehr Kinder dies wahrnehmen, umso günstiger sind die Preise. Wenn nur wenige Kinder diese beziehen, rechnet sich dies für die Anbieter nicht.

**Frau Hesselbach, Fachbereich Bildung**, ergänzte, dass durch die eigene Zubereitung der Speisen die Preise bei diesem Träger über dem Durchschnitt liegen. Der Träger verlangt 3,90 Euro für eine Mittagsmahlzeit.

Weitere Anfragen:

**Frau Wießner, CDU-FRAKTION**, erkundigte sich nach dem Begriff „Haushaltsvorstand“ im Bericht zum Familienintegrationscoach.

**Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung)**, erklärte, dass damit derjenige Teil der Familie gemeint ist, der den wesentlichen Teil zur Familienversorgung leistet. Dies kann der Mann oder die Frau sein.

Keine weiteren Anfragen.



## zu 10 Themenspeicher

---

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, sprach an, dass der Themenspeicher ausgelegt wurde. Sie verwies darauf, dass dieser monatlich aktualisiert wird und Änderungen vorbehalten sind. Es handelt sich hierbei nicht um eine Tagesordnung, sondern um Themen, welche eine Rolle im Jugendhilfeausschuss spielen sollen.

## zu 11 Anregungen

---

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, regte an, dass der TOP Themenspeicher in die Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse aufgenommen werden sollte, wenn dieser im Jugendhilfeausschuss als extra TOP ausgewiesen wird.

**Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung)**, antwortete, dass dies eine Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss war, welcher nachgekommen wird.

---

Tobias Kogge  
Beigeordneter für Bildung und Soziales

---

Hanna Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Uta Rylke  
Protokollführer/in